

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 z. mit Zustellgeld 3.80 z. Bei Postbezug monatl. 3.89 z. vierteljährlich 11.66 z. Unter Streifenband monatl. 7.50 z. Deutschland 2.50 RM. - Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Gerart Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. - Bei Platzverdrängung u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. - Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. - Offertengebühr 100 gr. - Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Polische Konten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 32

Bydgoszcz/Bromberg, Donnerstag, 10. Februar 1938

62. Jahrg.

Die Aussprache von Białowieża

Der Besuch des ungarischen Reichsverweisers Horthy in Polen, die glanzvolle Rundgebung polnisch-ungarischer Freundschaft und die Besprechungen des ungarischen Reichsverweisers und des ungarischen Außenministers von Kánya mit sämtlichen führenden Staatsmännern Polens in Białowieża lagen im Zuge der Aktivierung der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem polnischen und dem ungarischen Volk, die seit 1934 in besonderem Maße die Aufmerksamkeit der Staaten Mittel- und Südosteuropas auf sich gezogen haben. Sie wurden durch den Besuch des verstorbenen ungarischen Ministerpräsidenten Julius von Gombósz in Warschau im Oktober 1934 und den Abschluß eines polnisch-ungarischen Kulturabkommens eingeleitet. Ein Jahr später reiste der ungarische Kulturminister von Hermann ebenfalls nach Warschau. Im April 1936 kam der damalige polnische Ministerpräsident Rościcki zur Erwiderung der ungarischen Besuche nach Budapest.

Wie aus den überaus herzlichen zwischen Horthy und Rościcki in Krakau gewechselten Trinksprüchen programmatisch hervorgeht, wurzelt das Freundschaftsverhältnis zwischen dem ungarischen und polnischen Volk tief im historischen Geschehen der Jahrhunderte. Beide Nationen haben im wechselvollen Lauf ihrer Geschichte über die Notwendigkeit kurzfristiger Tagespolitik hinaus sich stets für eine andere eingeleitet. Ähnlichkeit der geographischen Lage als östliche Grenzmarken Europas, dazu der Gleichklang der historischen Sendung, glühende Vaterlandsliebe und steter Kampf um staatliche Selbstständigkeit haben in hohem Maße zu jener Atmosphäre der Aufrichtigkeit und des Verständnisses beigetragen, von der Präsident Rościcki in seinem Krakauer Trinkspruch die Freundschaft ableitete, die „niht nur der Form nach eine Freundschaft sei, sondern in der Sprache des Herzens von Ungarn und Polen leuchte“.

Die historische Freundschaft hat ihre Probe auch in den kritischen zwanzig Jahren seit Kriegsausbruch bestanden. Außenpolitische Rücksichtnahme verbot es zwar den Regierungen in Budapest und Warschau, die gegenseitige Freundschaft allzu demonstrativ zu betonen. Erst mit dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens wurde auch für Ungarn die Tür nach Warschau geöffnet: Gombósz konnte den ersten ungarischen Staatsbesuch nach dem Kriege in Warschau machen. Die als Folge der neuen deutschen Außenpolitik entstandenen Formen der politischen Beziehungen im Donauraum haben der Aktivierung der ungarisch-polnischen Freundschaft in den nächsten Jahren stets neue Antriebe gegeben. Die Entspannung zwischen Budapest und Belgrad und Budapest und Bukarest kam den Wünschen Ungarns ebenso wie die Wiederbelebung des Bündnisses zwischen Polen und Rumänien entgegen. Die ungarische und polnische Nation haben sich seit jeher als Vorkämpfer der europäischen Kultur gefühlt. Beide wissen um die Schrecken bolschewistischer Gewalttätigkeit, Polen aus keinem letzten Krieg mit Rußland, Ungarn aus jenen blutigen Zeiten, da der Kommunistenführer Bela Kun keine fruchtbarere Geißel schwang.

Das Verhältnis der beiden Länder zur Tschekoslowakei wird von dieser antibolschewistischen Frontstellung bestimmt. Weder Polen noch Ungarn können es den Herren vom Groszschin verzeihen, daß sie den ungarischen Hilfstruppen für Polen gegen den sowjetrussischen Überfall die Durchfahrt durch slowakisches Gebiet verweigerten. Die Sowjetfreundschaft Prags ist auch heute nicht geeignet, das Misstrauen der beiden Nationen gegenüber den tschechischen Absichten zu zerstreuen. Sie haben die Anschauung, daß die Prager im Grunde nicht gewillt sind, gemeinsam mit Budapest, Bukarest und Warschau kommunistische Einflüsse von Mitteleuropa fernzuhalten. Die Gerüchte über den Wunschkreislauf sowjetrussischer und tschechischer Stellen, eine gemeinsame Grenze zwischen den beiden durch ein Militärbindnis verbundenen Staaten herzustellen, was selbstverständlich nur unter Vertretung polnischer Hoheitsrechte möglich wäre, haben die Reserve der Polen und Ungarn nur verstärkt.

Der Besuch Horthys sollte von Anbeginn nicht zu sensationellen politischen Abschlüssen führen. Der Polnischen wie Ungarischen Regierung liegt jede Blockbildung fern. Beide bevorzugen eine unabhängige Politik, die sich nach allen Seiten hin freie Hand bewahrt. Aber es ist dennoch sicher, daß das Thema Prag bei den Gesprächen in Krakau und Białowieża von erster Stelle gefunden hat. Die Polen von jeher den Verlockungen der kleinen Entente zur Vergrößerung des Kreises der um Ungarn gelagerten Nachbarstaaten widerstanden hat, so tritt es auch heute für die Gleichberechtigung und Selbstständigkeit des durch den Friedensvertrag von Trianon in seinen nationalen Rechten beschnittenen ungarischen Staats ein. Polen hat den Vertrag von Trianon niemals anerkannt. Es begrüßt deshalb die Ansätze zur Abhebung neuer und gerechterer Beziehungen zwischen Ungarn auf der einen und Rumänien und Jugoslawien auf der anderen Seite um so mehr, je stärker sie sich von den Eingrenzungsgeboten der kleinen Entente abheben. Der Besuch Horthys kann deshalb als eine Etappe auf dem Weg der allgemeinen Neuordnung Mittel- und Südosteuropas angesehen werden. Er dient der Befriedung und Entspannung und wird in diesem Sinne auch in Deutschland durchaus positiv beurteilt.

Reichsminister von Horthy auf dem Wege nach Warschau.

Die Staatsjagd in Białowieża, die der polnische Staatspräsident zu Ehren des gegenwärtig in Polen weilenden ungarischen Reichsverweisers von Horthy veranstaltete, ist beendet. Die Strecke der Staatsjagd, die sich über zwei Tage hinzog, besteht aus 49 Wildschweinen, zwei Lützen und einem Wolf. Der ungarische Gast hat sechs Wildschweine erlegt. Der Staatspräsident ehrte ihn durch Überreichung des polnischen Jagdabzeichens.

Reichsverweiser von Horthy hat am Mittwoch früh Białowieża verlassen, um sich nach Warschau zu begeben. Die Ankunft auf dem Warsauer Bahnhof erfolgt am Mittwoch nachmittags 2.20 Uhr. Die Hauptstadt hat zum Empfang bereits ein Festgewand angelegt. Der Reichsverweiser fährt zunächst in Begleitung des Staatspräsidenten in das königliche Schloß, worauf er nach einer kurzen Ruhepause in einem feierlichen Akt einen Kranz am Grabe des Unbekannten Soldaten niederlegen wird. Am Mittwoch abend 8.30 Uhr verlassen die ungarischen Gäste wieder Warschau.

Unterredung Kánya — Bed

Der ungarische Außenminister Kánya war bereits am Dienstag in Begleitung seines polnischen Kollegen aus Białowieża nach Warschau zurückgekehrt. Er wurde zunächst vom Warschauer Stadtpräsidenten mit einem Frühstück empfangen und hatte in den Nachmittagstunden eine Unterredung mit Minister Bed. Am Abend gab der polnische Außenminister zu Ehren seines Kollegen ein Essen, an dem außer den Mitgliedern der Ungarischen Gesandtschaft in Warschau Vertreter der Staats- und Kommunalbehörden sowie des Heeres teilnahmen.

Entwurf einer Aenderung des Agrarreform-Gesetzes.

In der letzten Sitzung des Sejm brachte Abg. Gyla den Entwurf einer Novelle zum Gesetz über die Ausführung der Agrarreform vom 28. Dezember 1925 ein. Der Entwurf sieht vor, daß Landflächen, die im Besitz von Personen sind, welche sie nach dem 6. August 1914 erworben haben, zwangsweise aufgekauft werden können, wobei dem Besitzer eine Fläche von 85 Hektar belassen wird. Schlecht bewirtschaftete Landwirtschaften können auf einen bei dem zuständigen Wojewoden eingebrachten Antrag des Gemeinderats oder des zuständigen landwirtschaftlichen Vereins aufgekauft werden.

In den Ostgebieten setzt der Entwurf das Maximum der Fläche auf 200 Hektar unter Ausschluß des Brachlandes fest. In Fällen einer hohen Kultur der Wirtschaft wird die Gesamtfläche, die der betreffende Besitzer ohne Wald und Brachland besitzen kann, auf 400 Hektar festgesetzt.

Alljährlich sollen bis zur vollständigen Erschöpfung des Landvorrats nach dem Entwurf 200 000 Hektar parzelliert werden. Die Entschädigung für die durch den Staat übernommenen Landflächen wird zu 5 Prozent in bar und zu 95 Prozent in der 3-prozentigen staatlichen Landrente gezahlt.

Keine Aussichten auf eine Reform der Wahlordnung.

In einer der nächsten Sejm-Sitzungen sollte, wie wir kürzlich mitteilten, der Abg. Dr. Kazimierz Duch dem Sejmarschall den Entwurf einer neuen Wahlordnung zum Sejm und Senat vorlegen. Die Arbeiten an dem Entwurf waren am 22. Januar beendet, worauf Dr. Duch am 1. Februar den Entwurf dem Sejmpräsidium zugehen ließ. Die formale Übergabe der Vorlage an den Marschall sollte in dieser Woche erfolgen. Wie der „Kurjer Polski“ erfährt, hat Abg. Duch die Absicht, im Sejm den Entwurf der neuen Wahlordnung einzubringen, aufgegeben. Der Entwurf wurde aus dem Sejmpräsidium zurückgezogen und wird dem Marschall nicht vorgelegt werden.

Die Nachricht von dem unerwarteten Entschluß des Abg. Duch hat in politischen Kreisen eine große Sensation hervorgerufen. Nach Informationen des „Kurjer Polski“ erfolgte der Verzicht, nachdem Dr. Duch Besprechungen mit den Führern der regionalen Gruppen und mit einflussreichen politischen Faktoren im Sejm gehabt hatte. Es soll sich dabei herausgestellt haben, daß fast sämtliche Sejmkreise Gegner einer Aenderung der gegenwärtigen Wahlordnung sind und daß infolgedessen der Entwurf des Abg. Duch keine Aussicht auf Unterstützung hat. Die Gegnerschaft gegen die Aenderung der gegenwärtigen Wahlordnung soll u. a. damit begründet worden sein, daß man sich zu den begangenen Fehlern nicht bekennen dürfe, und daß die Autorität der Abgeordneten und des gegenwärtigen Sejm in der Volksgemeinschaft untergraben werden würde, sollten die Abgeordneten selbst schon jetzt, also 2 1/2 Jahre vor dem Ablauf der Kadenz, den Entwurf einer neuen Wahlordnung im Sejm einbringen.

Die Besprechungen des ungarischen Außenministers in Warschau werden in Budapest politischen Kreisen mit großem Interesse verfolgt. Es besteht allgemein der Eindruck, daß die Polenreise des Reichsverweisers von Horthy und des Außenministers von Kánya eine

neue Etappe

in den bisherigen ungarisch-polnischen Beziehungen bedeutet und über eine Vertiefung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten hinaus zu realpolitischen Folgen führen wird. In sämtlichen Berichten der Budapest Pressen wird die weitgehende realpolitische Bedeutung der jetzt neu vertesteten polnisch-ungarischen Zusammenarbeit für die weitere Gestaltung der Donaufragen hervorgehoben. Doch glaubt man nicht, daß nach dem Abschluß der Warschauer Verhandlungen ein Vertrag oder ein Protokoll unterzeichnet werden würde.

Gegenbesuch des Staatspräsidenten in Budapest im September?

Nach Informationen aus ungarischen Quellen wird der polnische Staatspräsident, Professor Rościcki, Anfang September in der Hauptstadt Ungarns seinen offiziellen Gegenbesuch machen. In ihren Berichten über den Aufenthalt des Reichsverweisers Horthy in Polen betont die ungarische Presse die hervorragende Bedeutung der polnisch-ungarischen Freundschaft.

Gegen das Wahlrecht der Juden in Polen.

In Warschau veranstaltete die oppositionelle Nationale Partei (die ehemalige Nationaldemokratie) eine große öffentliche Versammlung, in der zu dem Gesekentwurf über eine neue Wahlordnung für die sechs polnischen Großstädte Stellung genommen wurde. Einer der Hauptredner war der Rechtsanwalt Kowalski aus Lodz, der Vorsitzende des Parteivorstandes, der den Gesekentwurf als völlig ungeeignet und als für die Nationale Partei unannehmbar bezeichnete, weil durch die Einführung des Pluralrechts den Juden noch mehr Einfluß gegeben werden könnte, als sie schon bisher hätten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. gesagt wird, daß das neue Gesetz im Widerspruch zu den Interessen des polnischen Volkes und Staates stehe, den Juden die politischen Rechte nicht nur nicht nehme, sondern sie sogar noch erweitere, durch die Einführung von Kurien den marxistischen Einflüssen, insbesondere den Kommunisten, den Weg in die Stadtverwaltungen bereite.

In der Entschließung wird gesagt, daß die Nationale Partei auf dem Standpunkt stehe, daß den Juden alle politischen Rechte entzogen werden müßten.

Staatsbesuch des englischen Königspaares in Paris.

Wie am Dienstag mittags amtlich in London mitgeteilt wurde, werden König Georg VI. und die Königin Elisabeth dem französischen Staatspräsidenten in Paris vom 28. Juni bis zum 1. Juli einen Staatsbesuch abstatten. Der König wird dabei das australische Kriegsdenkmal bei Villers-Bretonneux enthüllen. Die Einzelheiten des Besuchs sind noch nicht festgelegt.

Es handelt sich um den ersten Staatsbesuch, den der König und die Königin seit der Thronbesteigung im Ausland abstatten.

Das jugoslawische Konkordat.

Einigung zwischen Regierung und Orthodoxer Kirche.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Belgrad: Die Verhandlungen des orthodoxen Konzils mit der Regierung Stojadinowitsch über die Frage des Konkordats mit dem Vatikan haben zu einer Einigung geführt. In einer Erklärung der Orthodoxen Kirche wird hervorgehoben, daß die Kirchenleitung von den Rundgebungen der zuständigen Ämtern über den Verzicht auf das Konkordat befriedigt sei.

In einer Verordnung vom Dienstag wird bekanntgegeben, daß alle Personen, die wegen Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem Konkordats-Abschluß verurteilt worden seien, begnadigt werden. Andererseits hebt die orthodoxe Kirchenleitung die Exkommunikation jener Minister und Abgeordneten wieder auf.

